

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Abdruckt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Postabnahme monatlich 4.50 M., durch unsere Nachträger zu tragen in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5.45 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.35 M. mit Zustellungsgeld. Die Postämter und Postboten sowie unsere Nachträger und Geschäftsführer nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Intentionspreis 1 M. für die 6-spaltige Korpuszeile ober deren Raum, Resten, die 2-spaltige Korpuszeile 2.50 M. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Korpuszeile 3 M., Nachweilungs-Gebühr 50 Pfg. Angelegenheiten bis vormittags 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Übernahmen wie keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne Anbruch erstickt, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Arrest gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt  
Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 162.

Donnerstag den 14. Juli 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Abänderung der Bekanntmachung

des Arbeitsministeriums vom 20. 9. 20 zur Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftsstellen vom 31. 5. 21. (Nr. 218 der Sächsischen Staatszeitung vom 21. 9. 20.)

Die in § 2 unter a und b festgelegten Beiträge werden mit Wirkung vom 1. Juni 1921 ab

a) für Steinkohlen  
Steinkohlenbriketts } von 40 Pfg. auf 30 Pfg. für die t  
Rohs

b) Braunkohlenbriketts  
böhmisches Braunkohlen } von 30 Pfg. auf 20 Pfg. für die t  
Raupress-Steine

herabgesetzt.

Dresden, den 12. Juli 1921

529 K

Arbeitsministerium.

**Lichtgeld** für Mai-Juni 1921 ist spätestens bis Freitag den 15. d. M. an die Stadtkasse zu bezahlen. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt zwangsweise Beitreibung.

Wilsdruff, am 13. Juli 1921

414

Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die Reichsbank hat mit Holland ein Kreditabkommen über 150 Millionen Goldmark getroffen.
- \* Der Bericht über die Grenzführung in Oberschlesien soll einer Sachverständigenkommission übertragen werden.
- \* Die Oberschiffahrt von und nach Oberschlesien ist wieder aufgenommen.
- \* Briand trat in der Kammer neuerdings für die Beibehaltung der Sanftionen ein.
- \* Die belgische Post hat den Postanverkehrsverkehr mit Deutschland wieder aufgenommen.
- \* Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß Kemal Pascha zum Präsidenten von Kurdistan proklamiert wurde.
- \* In China hat neuerdings Militär bei einem Aufstand die Stadt Peking besetzt. Ausländer sind nicht zu Schaden gekommen.
- \* Die Regierung der Vereinigten Staaten hat entgegen anderslautenden Gerüchten keinen Befehl zur Zurückziehung der amerikanischen Truppen am Rhein erteilt.
- \* Präsident Harding's Vorschlag zur Abrüstung soll erweitert werden, so daß nicht eine Fünf-Mächte-Konferenz, sondern eine Weltkonferenz anberaumt wird.

### Um den deutschen Kanzler.

Aus Berliner politischen Kreisen wird uns geschrieben: Das gegenwärtige Kabinett des Reichskanzlers Dr. Wirth ist zweifellos eines der unfruchtbarsten, die wir seit dem Novemberumsturz gehabt haben. Diesmal streiten sich nicht nur die Parteien um den Bestand der Regierung, sondern auch das Ausland nimmt an diesem mehr oder minder ernstlichen Geschehnisse regen Anteil. Eben erst hat Herr Loucheur, der französische Wiederaufbauminister, bei den deutsch-französischen Verhandlungen in Paris seine Meinung dahin geäußert, daß das Kabinett Wirth sich anscheinend einer besonderen Festigkeit erfreue und daß ein Sturz dieses Kabinetts sehr zu beklagen wäre, da damit die Ergebnisse der bisherigen Beratungen der Deutschen und Französischen Sachverständigen über den Wiederaufbau zunichte gemacht werden könnten. Einer der deutschen Sachverständigen soll dem französischen Wiederaufbauminister erwidert haben, daß das Kabinett Wirth allerdings entschlossen sei, seine Aufgaben mit aller Energie durchzuführen und gegebenenfalls nicht vor der Auflösung des Reichstages zurückzutreten. Loucheur mag diese deutsche Erklärung gewiß mit großer Befriedigung angehört haben, denn das Kabinett Wirth hat ja tatsächlich als ersten und einzigen Punkt die Erfüllung des Ultimatum auf sein Programm gesetzt, und zwar, wie man wohl sagen kann, die Erfüllung um jeden Preis. Es soll nicht verkannt werden, daß in einem solchen Vorhaben ein großes Maß von Energie und Hoffnungsfreudigkeit enthalten ist, aber, wenn die Überlegungen, ob und wie das gesteckte Ziel überhaupt erreicht werden könne, hinter dem Vorhange, den Versuch zur Lösung unter allen Umständen bis zum äußersten durchzuführen, gar zu weit in den Hintergrund treten, dann erhebt sich doch die Frage, ob Mittel und Zweck nicht in einem Mißverhältnis zueinander stehen, welches von vornherein die Aussicht, ans Ziel zu gelangen, verdirbt.

Diese Überlegung ist für die Franzosen natürlich vollkommen nebensächlich, ihnen kommt es nur darauf an, in Deutschland eine Regierung am Ruder zu wissen, die von sich aus alles daran setzt, um den französischen Wünschen gerecht zu werden. Das Verhalten der Franzosen in Leipzig und in Oberschlesien steht im krassen Widerspruch zu ihren Vertrauensverhältnissen für Herrn Wirth und beweist, daß es den Franzosen im Grunde ganz gleichgültig ist, wie der deutsche Kanzler zu seinem Ziele gelangt, während sie sofort in die höchste Entrüstung geraten würden, wenn sich eines Tages herausstellte, daß der Kanzler infolge der dauernden Überlastung, die ihm von der Gegenseite zugemutet wird, überhaupt nicht in der Lage wäre, seine übernommene Aufgabe restlos zu erfüllen.

An diesem Punkte, wo das französische Interesse aufhört, muß um so mehr die Aufmerksamkeit der deutschen Parteien einsehen. An ihnen liegt es, den Kanzler vor Wegen zu bewahren, auf denen er sich bald am Ende seiner Kräfte sehen würde. Den beiden Parteien, die auf der rechten Seite des Reichstages augenblicklich in der Opposition stehen, also den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, wollen es sich in besonderem Maße angelegen

sein lassen, auf diese Entwicklung ein wachsameres Auge zu haben. Im Zentrum muß sich erst zeigen, in welchem Maße sich der Einfluß des im politischen Leben jetzt wieder aufgetauchten Abgeordneten Erzberger durchschlägt, ehe man weiß, wie weit eine Zusammenarbeit der rechtsstehenden Parteien mit dem Zentrum möglich ist. Die Notwendigkeit, alle von den bürgerlichen Parteien gemeinsam vertretenen Ansichten in den Vordergrund zu stellen, würde jedoch um so größer werden, wenn die Sozialdemokraten sich wirklich mit den Unabhängigen vereinigen und zum Herbst Neuwahlen erzwingen sollten. Ob aber das Zentrum gewillt sein wird, mit den Sozialisten beider Richtungen allein die künftige Regierung zu tragen, ist noch sehr die Frage. Gerade die Kritik, die die Reichsparteien am Steuerprogramm üben, wird im Zentrum, besonders in den Kreisen dieser Partei, die die Erzberger'sche Richtung ablehnen, den Gedanken eines Bündnisses wenig schmackhaft machen.

Durch Neuwahlen würde daher nicht nur der Bestand der bisherigen Koalition, sondern auch die Weiterführung der Geschäfte durch Herrn Dr. Wirth selbst in Frage gestellt werden. Nicht der Kanzler würde dann genötigt sein, den Reichstag aufzulösen, sondern vielmehr der Reichstag sich einen anderen Kanzler suchen müssen. Man muß sich auch im Auslande darüber klar sein, daß noch so viele Vertrauenskundgebungen für einen deutschen Reichskanzler diesem noch lange kein ewiges Leben verschaffen können, wenn sich zeigt, daß bei seinen durch die Außenpolitik bestimmten Weichen das innere staatliche und wirtschaftliche Leben zu schweren Schäden nehmen würde.

### Ein 150-Millionen-Kredit.

Die Reparationszahlungen bis 31. August gesichert.

Der Reichsbank ist es gelungen durch Vermittlung des Hauses Mendelssohn u. Co., Amsterdam, sich einen Kredit von 150 Millionen Goldmark zu beschaffen. Verhandlungen über weitere Kredite gleicher Art schweben. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen werden durch diese Kreditoperationen so ergänzt, daß die Erfüllung der am 31. August fälligen Reparationsverpflichtung als gesichert anzusehen ist. Weitere Reparationszahlungen sind ab dann während des Jahres 1921 in Devisen nicht mehr zu leisten.

Deutschland hat bekanntlich bis zum 31. August d. J. 1 Milliarde Goldmark zu zahlen. Ein Teil dieser Summe ist in Wechseln bezahlt worden, die nun bis zum genannten Termin einzulösen sind. Durch die Transaktion der Reichsbank wird nun tatsächlich die Erfüllung unserer ersten wesentlichen Verpflichtung aus dem Ultimatum außerordentlich erleichtert. Die Summe fremder Devisen, die wir bis zum 31. August aufzubringen haben, ist dadurch wesentlich gemindert. Hieraus ergibt sich eine doppelte Einwirkung auf den Devisenmarkt: die Devisenkurven werden sinken. Dann aber kommen die Devisen heranz! Was die

### Frage der Rückzahlung

des Kredits und die Aufbringung weiterer Abdeckungsbeiträge auf die Reparationsverpflichtungen anlangt, so ergeben sich hierfür verschiedene Möglichkeiten. So wird auch weiterhin mit dem Goldankauf seitens des Reiches durch die Reichsbank usw., der schon ganz ansehnliche Ergebnisse hatte, fortgefahren werden. Ferner hat sich die Reichsbank, wie bekannt, durch die Lombardierung von Silber Mittel beschafft, und zwar ist das Lombardierungsgeschäft vollständig abgeschlossen. Wichtig ist ferner, daß die Exporteure in höherem Maße als bisher die Fakturierung in fremder Valuta bewirken. Dabei fällt ins Gewicht, daß die Reichsbank in der letzten Zeit die Bedingungen für den Ankauf von Devisen für den Verkäufer günstiger gestaltet hat.

Mit der Abdeckung der am 31. August fälligen Milliarde ist eine wichtige Etappe auf dem Wege der Reparationszahlungen erreicht, denn wir haben für den Rest des Jahres keine Geldzahlungen mehr zu leisten. Es kommen dann lediglich noch Sachleistungen in Betracht, die bewirkt werden können, ohne daß eine neue Anspannung am Devisenmarkt eintreten wird. Aber die Dauer und die Bedingungen des holländischen Kredits ist nichts näheres bekannt. Seine Bedeutung ist darin zu erblicken, daß wir zwar nicht unsere Schulden los werden, wohl aber ein Wechsel in der Person des Gläubigers eintritt, der für uns wichtig ist, weil die Schulden, soweit sie durch diesen

Kredit gedeckt werden, nicht mehr politische, sondern private Schulden sind. Nicht mehr die Entente, sondern holländische Geschäftsleute, mit denen wir in guten Beziehungen stehen, haben jetzt die Forderung an uns, und es ist damit ein kleiner Schritt auf dem Wege getan, das Reparationsproblem aus dem Geleise einer militärisch unterstrichenen politischen Frage herauszulösen und es allmählich in weltwirtschaftlichere Zusammenhänge hineinzustellen.

### Briand für die Sanftionen.

Leipzig und Oberschlesien vor der französischen Kammer. Der französische Ministerpräsident Briand hat in der Kammer bei der Besprechung der äußeren Politik erklärt, daß er die jetzige Lage Frankreichs keineswegs beunruhigend finde, da Frankreich die nötigen Kräfte zur Wahrung seiner Interessen habe. Dann wandte sich Briand der französischen Politik gegenüber Deutschland zu und sagte dabei u. a.:

„Die öffentliche Meinung in Deutschland mag weiterhin von dem alten Geist der Aüdeutschen verhaftet bleiben (1), sie mag abhaken aus den Ereignissen die richtige Lehre zu ziehen und selbst von einem Rückfeldzug sprechen, der jedoch unmöglich ist: eine Tatsache bleibt nicht desto weniger bestehen: Frankreich steht am Rhein und kann nicht zugeben, daß Deutschland so umgestaltet werde, daß es eine Drohung für Frankreich darstellen könnte.“

In Oberschlesien habe General Le Rond seine Pflichten in bewundernswürdiger Weise erfüllt (2) unter den allerungünstigsten Bedingungen. Die französische Regierung hält sich nur an den Friedensvertrag. Die Tatsachen scheinen zugunsten Polens zu sprechen, und es müssen schon zwingende Beweisgründe gebracht werden, um zu anderen Ergebnissen zu kommen.

Zur Frage der Aburteilung der Kriegsschuldigen hebt Briand hervor, daß diese Frage in dem Ultimatum besonders erwähnt worden war. Deutschland tat so, als wolle es diese Aburteilung vornehmen, aber die französische Regierung mußte zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Anwesenheit der französischen Abordnung in Leipzig vollkommen zwecklos war, da es sich ja doch nur um ein Theaterstück handelte (3).

Wenn unglücklichweise die Aüdeutschen die Obermacht gewinnen sollten, wenn es ihnen gelänge, das Ministerium Wirth zu vertreiben und Deutschland wieder in eine Politik zu führen, die für Frankreich gefährlich werden könnte, dann möge ein jeder wissen: Frankreich besitzt alles, was es braucht, um die Lage wiederherzustellen. Wenn die Frage der Kriegsschuldigen vor die Verbandsregierungen kommen wird, so werden sie Deutschland fragen: Habt Ihr sie verurteilt? Wenn Wirth aus alles mögliche getan hat, um sein Versprechen zu erfüllen,

so genügt das doch nicht, um auf die Sanftionen zu verzichten. Das ist unmöglich. Aber es ist auch für Deutschland nicht einmal wünschenswert, denn wenn später einmal eine alldenteutsche Regierung ähnlich unannehmbare Handlungen begehen sollte, so wäre das noch etwas ganz anderes. Die eine Tatsache bleibt doch bestehen, daß Deutschland geschlagen und besiegt ist. Es ist nichts anderes möglich, als daß es seine Verpflichtungen erfüllt. Auf der französischen Seite wird es auf den letzten Willen hofen, von der Durchführung seiner Verpflichtungen Kenntnis zu nehmen.“

Daß Briand mit seiner Ansicht, die Sanftionen müßten aufrechterhalten bleiben, keineswegs allgemeine Zustimmung in Frankreich findet, geht aus einer Äußerung des sozialistischen Abgeordneten Leon Blum im „Populaire“ hervor. Er fragt, was z. B. das beklagenswerte Ereignis von Deuthen mit den Sanftionen am Rhein zu tun habe, die man lediglich wegen Ablehnung des ersten Londoner Abkommens durchgeführt habe. Die Deuthener Angelegenheit habe weder etwas mit der Reparationsfrage, noch mit der Bestrafung der Schuldigen, noch auch mit der Entwaffnung Deutschlands zu tun.

### Hardings Abrüstungskonferenz.

Washington, 12. Juli.

Ein Vertreter des Staatsdepartements gab den Pressevertretern folgende Erklärungen bezüglich der Einladung Hardings zur Abrüstungskonferenz: 1. Die Einladung ist zu dem Zwecke einer „Beschränkung der Rüstungen“ ergangen, d. h. alle Arten von Abrüstungen sollen mit einbezogen werden und nicht nur die Rüstungen zur See. 2. Obwohl noch keine bestimmte Antwort eingegangen ist, ist das Staatsdepartement sicher daß alle eingeladenen Nationen annehmen werden. 3. Der Termin der Konferenz bleibt der Initiative der eingeladenen Mächte überlassen, doch hofft man, daß sie gegen den